

Das Abschiebe-Theater

Von Ulli Tüeckmantel

Zerreißprobe für Rot-Grün in NRW

Düsseldorf (dpa/WB/-hir-). Die rot-grüne Koalition in Düsseldorf steht nach der Sammelabschiebung von abgelehnten Asylbewerbern nach Afghanistan vor einer Zerreißprobe. Die flchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, Monika Düker, legte ihr Amt am Mittwochabend aus Protest nieder. Für sie sei mit der Sammelabschiebung »eine rote Linie überschritten«, erklärte sie gestern. Die weiche aus ihrer Sicht von der bisherigen Praxis der Einzelfallprüfung ab. »Deshalb war es für mich nicht mehr möglich, diese Linie als flchtlingspolitische Sprecherin mitzutragen.« Düker betonte aber auch: »Wir haben keine Differenzen darüber, dass es Einzelabschiebungen nach Afghanistan geben muss, etwa bei schweren Straftätern. Aber solange die Sicherheit in Afghanistan nicht gewährleistet ist, darf es keine Sammelabschiebungen geben.«

Nach Darstellung der Grünen wurden sie vom Innenministerium nicht über die Sammelabschiebung informiert. »Das ist ein starker politischer Skandal, meinte FDP-Fraktionschef Joachim Stamp. CDU-Fraktionsvize Andr Kuper aus Rietberg ergänzte, dass die Entscheidung nicht mit den Grünen abgestimmt worden sei, zeige, dass Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) »entweder die Dimension nicht überblickt oder absichtlich die Grünen austrickst« habe.

Nun versuchen die Koalitionsspitzen, den Konflikt zu entschärfen. Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach von »unterschiedlichen Auffassungen«. Ein Sprecher des Innenministeriums betonte, es bleibe bei der bisherigen restriktiven Abschiebepaxis nach Einzelfallprüfung. Von den zehn abgelehnten Asylbewerbern aus NRW seien drei wegen Straftaten verurteilt, gegen zwei liefen Ermittlungsverfahren, fünf seien alleinreisende junge Männer.

Die kommunalen Auslndermter hätten nach recht und Gesetz gehandelt und dabei zwei günstige Chancen genutzt: Der Bund habe die Frage von Ersatzpapieren nun neu geregelt und mit dem Sammeltransport eine besondere Gelegenheit geboten.

Wer aus Deutschland abgeschoben wird, hat in der Regel den Rechtsweg in einem Ausmaß ausgeschöpft, das wenig Platz für Zweifel an der Rechtmäßigkeit lässt. Der Begriff der »Sammelabschiebungen« wird absichtlich falsch verwendet, wenn mit ihm der Eindruck erweckt werden soll, es sei nicht jedes menschliche Schicksal im Einzelfall mit all seinen Besonderheiten geprüft worden.

Gerade weil jeder Einzelfall auch als solcher behandelt wird, kommen in NRW von rund 60 000 im Prinzip Ausreisepflichtigen für eine Abschiebung nur rund 12 000 Personen für eine Abschiebung infrage. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Wer aus Prinzip dagegen ist, ausreisepflichtige Personen zur Ausreise zu zwingen, wer hinter jeder Abschiebung ganz grundsätzlich eine Menschenrechtsverletzung wittert, verweigert in der Konsequenz wirklich schutzbedürftigen Flüchtlingen die Chance auf Aufnahme.

Aufnahme und Abschiebung sind keine Gegensätze, sondern einander bedingende Kernelemente einer sachlichen Flüchtlingspolitik, die

neben einer Willkommens- auch eine Rckfhrungskultur umfassen muss, wenn sie funktionieren soll. Insofern spricht nichts dagegen, 34 abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan abzuschieben, von denen im konkreten Fall rund ein Drittel Straftäter waren.

Was diesen konkreten Fall jedoch zum Ärgernis macht, ist sein politischer Inszenierungscharakter: Seht her, wir tun etwas. Diese Inszenierung verschleiert vor allem, was nicht getan wird. Im Juni kam der NRW-Innenminister zu dem Ergebnis, dass von rund 44 000 abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerbern in NRW mehr als 23 000 aus den sicheren Herkunftsländern des Westbalkans stammen. Die Gründe ihrer Duldung sind also offenkundig entfallen.

Wer dieses Problem nicht konsequent und sachlich angehen will, der sollte sich Showabschiebungen nach Afghanistan sparen. Sie tragen wenig zur Lösung bei.



ulli.tueckmantel@wz-plus.de